

Nachbar des Bürriiger Sondermüllofens fürchtet, dass die Anlage einfach so wieder angefahren wird

Jetzt ist die Umweltministerin gefragt



(Ralf Krieger)

○

VON THOMAS KÄDING

Dieter Donner hat seine Unterlagen an die Staatsanwaltschaft geschickt, Immo Filzek schreibt einen Brief an die Umweltministerin des Landes. Der BUND-Mann und Bayer-Kenner aus Hilden ist genauso beunruhigt wie der Bürriiger, dass die Explosion vom 27. Juli am Sondermüllofen von Currenta aus Behördensicht keinerlei Folgen haben wird. Darauf gekommen sind beide, nachdem der „Leverkusener Anzeiger“ berichtet hatte, dass die Bezirksregierung keine Probleme sieht, den Betrieb der Störfall-Anlage ohne nennenswerte Auflagen wieder zu genehmigen, sobald die Ursache für die Katastrophe geklärt ist.

„Wir haben den Eindruck, dass auf diese ernste Katastrophe seitens der offiziellen Stellen nicht mit dem nötigen Nachdruck reagiert wird“, schreibt Filzek an die Ministerin. Und deshalb seien „wirklich viele fundamentale Fragen für uns Anwohner ohne auch nur im Ansatz zufriedenstellende Antworten“, lautet die

bisherige Bilanz des Mannes aus der Stephanusstraße. Er schließt aus den Antworten der Bezirksregierung, die für die Erteilung der relevanten Genehmigungen in der Anlage Zuständigkeit besitzt, dass sie Currenta keine Steine in den Weg legen will. Die frühere Bayer-Tochter setze offenbar „alles daran, den Betrieb ohne ein neues Genehmigungsverfahren unter möglichst geringen Reparaturaufwendungen wiederaufzunehmen“. Diesen Eindruck habe er aus drei sehr ausführlichen Gesprächen mit dem Technik-Chef von Currenta, Hans Gennen, gewonnen, sagt Filzek.

Mit Blick auf die nach seiner Auffassung nicht gerade strengstmögliche Kontrolle des Störfallbetriebs durch die Bezirksregierung ist dem Nachbarn nicht wohl – und er wünscht sich, dass Heinen-Esser genau hinschaut: Sie möge ihre „zweifelloso gegebene Autorität als Umweltministerin einsetzen, dass der Betrieb dieser Anlage nur unter Wahrung aller heute gegebenen Sicherheitsvorschriften wieder aufgenommen werden darf“.

Die immer noch bestehenden Unklarheiten fasst Immo Filzek in sieben Fragen zusammen und bittet die Ministerin, sie untersuchen zu lassen: Mit Blick darauf, dass der Sondermüllofen vor fast 60 Jahren von Bayer für die Behandlung eigener Produktionsabfälle konzipiert wurde würde Filzek gerne wissen, ob die Kapazitätserweiterungen auf nun 268 000 Tonnen im Jahr mit dem ursprünglichen Genehmigungsverfahren abgedeckt ist. Zu untersuchen ist seiner Meinung nach auch das Thema Abstand zu Wohnhäusern. Längst müssten Störfallbetriebe größere Abstände einhalten. Der Bürriger meint, dass „nach der größten Chemieexplosion der Nachkriegszeit ein neues Genehmigungsverfahren nach heutigem deutschen Standard und den Vorgaben der EU durchgeführt werden“ muss. Dafür spreche auch, dass Currenta offenbar plane, die Tankanlage nahe der Müllöfen, von der die Katastrophe ausging, nicht wieder aufzubauen, um so eine neue Genehmigungsprozedur zu umgehen. Würden die Öfen aber direkt befüllt, sei das doch wohl eine erhebliche Veränderung, die man auch nicht einfach so passieren lassen könne.

Mit Blick auf die Juli-Flut, die eher durch Zufall nicht den Rhein betraf, fragt Filzek die Umweltministerin, ob die Anlage in Bürrig – und der Chempark – genug gegen Hochwasser gesichert sind. Die jüngsten Äußerungen aus Köln werfen für den Nachbarn eine grundsätzliche Frage auf: „Ist die Bezirksregierung personell und

materiell in der Lage, einen derart komplexen Betrieb kompetent und wirksam zu kontrollieren?“ Und mit Blick auf das lange Intervall und die im Frühjahr ausgebliebene Vor-Ort-Prüfung fragt er Heinen: „Und ist sie auch willens, dieses fortlaufend und stringent zu tun?“

Schließlich treiben Filzek die Messungen und Bewertungen des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz nach der Explosion und dem Großbrand mit sieben Toten und 31 Verletzten um: „Müssen hier nicht strengere und zeitlich dichtere Verfahren vorgeschrieben werden?“ Manches, was von der Landesbehörde geäußert wurde, habe die Bevölkerung ganz extrem verunsichert. Vor allem, als es um Dioxin in den Rußflocken ging und inwieweit das gefährlich ist.

Das Lanuv ist eine Baustelle für die Umweltministerin des Landes. Heinen-Esser, so Filzek, habe ja Ende September angekündigt, das Handeln der Betreiber und der Behörden unter die Lupe zu nehmen: „Dann soll sie das auch mal machen.“

Currenta ließ Gift aus dem Löschwasser in den Rhein

Nach der Explosion in Bürrig ist Gift in den Rhein gelangt. Das bestätigte Currenta am Sonntag auf Anfrage. Zur Ursache dafür, dass bis zu 70 Kilogramm des in Deutschland verbotenen Insektengifts Clothianidin in den Fluss gelangten, hieß es: In der benachbarten Kläranlage in Bürrig könne dieser Stoff nicht abgebaut werden. Tatsächlich hatte das Landesamt für Natur, Verbraucher und Umweltschutz im Abwasser des Klärwerks deutlich erhöhte Clothianidin-Werte gemessen. Ursache dafür ist die Explosion und der anschließende Großbrand am Sondermüllöfen. An der Unglücksstelle seien die noch vorhandenen Flüssigkeiten aus dem Tank mit dem belasteten Löschwasser aufgefangen und später ins Klärwerk abgelassen worden. Chempark-Chef Lars Friedrich hatte es auf Nachfragen in der Öffentlichkeit bisher bei der Aussage belassen, das Löschwasser sei aufgefangen und ordnungsgemäß entsorgt worden. Von einer Einleitung giftiger Reste in den Rhein war nicht die Rede. Auch die Wasserwerke wurden nicht alarmiert. In den Niederlanden, wo fünf Millionen Bürger mit aufbereitetem Rheinwasser versorgt werden, sorgt das für Ärger. Zwar gibt es für Clothianidin keinen Grenzwert; Experten des BUND vergleichen den Stoff aber mit Imidacloprid, für das extrem niedrige Werte gelten. Das Lanuv hat einem Bericht

zufolge im Abwasser des Klärwerks 120 Mikrogramm Clothianidin gemessen. Das ist das 60 000-fache dessen, was an vergleichbarem Imidacloprid erlaubt wäre. Darüber, ob der Vergleich zwischen Clothianidin und Imidacloprid zulässig ist, machte Currenta keine wertenden Angaben: Es gebe nur Orientierungswerte, die zu jeder Zeit unterschritten worden seien. Auch die gewässerschädliche Perfluorooctansulfonsäure fiel dem Lanuv auf – sie ist typisch für Löschschaum. Dazu hieß es von Currenta, man habe einen Abtransport statt einer Einleitung in den Rhein erwogen. „Das war aufgrund der anfallenden Mengen allerdings nicht möglich.“ (tk) Kommentar

Immo Filzek, Anwohner